

Initiativgruppe 40 Jahre Radikalenerlass

Klaus Lipps

Pariser Ring 39

76532 Baden-Baden

Tel. 07221 62224

E-Mail: k.lipps@gmx.de



Herrn Ministerpräsidenten
Winfried Kretschmann
Staatsministerium Baden-Württemberg
Richard-Wagner-Str. 15

70184 Stuttgart

12. April 2012

Offener Brief

40 Jahre „Radikalenerlass“

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann,

bereits am 05. März hatten wir Sie angeschrieben mit der Bitte, in Baden-Württemberg eine Aufarbeitung des Unrechts voranzutreiben, das mit dem 1972 verabschiedeten „Radikalenerlass“ verbunden ist. Leider haben wir bislang keine Antwort erhalten. Daher wählen wir heute die Form eines Offenen Briefes, den wir der Presse zur Kenntnis geben werden.

Im Jahr 1977 sollten Sie selbst als angeblicher „Linksradikaler“ mit Berufsverbot belegt werden. Nur den Aktivitäten einer breiten Solidaritätsbewegung ist es zu danken, dass Sie Ihren erlernten Beruf als Lehrer doch noch ausüben konnten. Wir gehen davon aus, dass Ihnen dieser Umstand Verpflichtung ist, sich Ihrerseits für diejenigen einzusetzen, denen dieses Glück nicht beschieden war. Vierzig Jahre nach der Verabschiedung des „Radikalenerlasses“ haben ehemalige Berufsverbotsbetroffene eine Erklärung verabschiedet, die wir erneut beifügen. Auch auf der Homepage www.berufsverbote.de ist sie mitsamt einer Liste der bisherigen 241 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner veröffentlicht. Unsere Forderungen sind die Rehabilitierung und Entschädigung der Betroffenen, die Offenlegung und Vernichtung der „Verfassungsschutz“-Akten und das Ende der geheimdienstlichen Bespitzelung kritischer Oppositioneller.

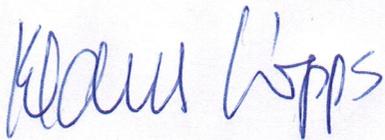
Wir möchten hiermit erneut anfragen, ob Sie diese Erklärung ebenfalls unterzeichnen wollen. Das wäre zweifellos ein starkes Signal dafür, dass von der baden-württembergischen Landespolitik in dieser Frage andere Impulse ausgehen als in 58 Jahren der CDU-Regierung.

Die Berufsverbote der 1970er und 1980er Jahre haben nicht nur Existenzen vernichtet und persönliches Leid verursacht, sie haben vor allem der Demokratie in Deutschland erheblichen Schaden zugefügt.

Sie, Herr Ministerpräsident, tragen in Baden-Württemberg nun die Verantwortung für den weiteren Umgang mit der Politik der Berufsverbote. Dass diese nicht der Geschichte angehören, hat ausgerechnet Baden-Württemberg in den Jahren 2004-2007 mit dem Versuch der Wiederbelebung des „Radikalenerlasses“ bewiesen. Noch existieren im baden-württembergischen Beamten-gesetz und seinen Ausführungsbestimmungen die gesetzlichen Grundlagen für eine solche Wiederbelebung. Sie abzuschaffen ist unseres Erachtens ein Muss für eine Regierung, die sich einer neuen demokratischen Kultur verpflichtet fühlt.

Am 14.06. wird in Berlin die Ministerpräsidentenkonferenz unter dem Vorsitz von Frau Merkel tagen. Wir möchten bei dieser Gelegenheit unsere Erklärung übergeben und zu Gehör bringen. Wir bitten Sie, uns dabei zu unterstützen. Selbst für den Fall, dass Sie unsere Forderungen nicht teilen, möchten wir Sie auffordern, die Anliegen der Berufsverbots-betroffenen dort bekannt zu machen und dafür Sorge zu tragen, dass die Ministerpräsidenten-konferenz dazu Stellung nimmt.

In Erwartung Ihrer Antwort verbleiben wir mit freundlichen Grüßen



Klaus Lipps

und Michael Csaszκόczy - Lothar Letsche - Sigrid Altherr-König - Werner Siebler
(Initiativgruppe „40 Jahre Radikalenerlass“)